

# Das Jahr 1945 in der polnischen Geschichte

von Włodzimierz Borodziej

Wie in vielen anderen europäischen Nationalgeschichten, hat in Polen das Jahr 1945 den Rang einer Grenze zwischen zwei Epochen. Diese Rolle resultiert weniger aus den Ereignissen, die zwischen Januar und Dezember 1945 ihren Platz haben, als vielmehr daraus, daß der 1939 eingeleitete und bis Kriegsende teilweise bereits vollzogene Wandel der politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse sechs Jahre später in einen einigermaßen greifbaren Abschluß mündete. Das Datum 1945 ist deshalb so wichtig, weil es einige Elemente einer Bilanz offenbart, die entscheidend auf die nächsten Jahrzehnte einwirken sollte.

## I.

Was sind nun die wichtigsten Vorgänge des Jahres 1945 aus polnischer Sicht? Da die ereignisgeschichtliche Dimension relativ am besten bekannt ist, beschränken wir uns auf die wichtigsten Daten dieses Zeitraums.

Am 12. Januar begann die große sowjetische Weichseloffensive, die innerhalb weniger Wochen stellenweise bis an die alte polnisch-deutsche Grenze vorstieß und damit Zentral- und den größten Teil Westpolens befreite. Den Truppen folgten die ersten polnischen Verwaltungsdienststellen, die die Zivilverwaltung im befreiten Land und ab März auch zunehmend in den ehemals deutschen Gebieten übernahmen.

Am 19. Januar löste General Leopold Okulicki die Armia Krajowa, die größte Organisation des regierungstreuen Widerstands gegen die NS-Besatzung, auf. Die sowjetische Besetzung des Landes bedeute den Wechsel von einer Okkupation zu einer anderen, „Polen nach sowjetischem Rezept“ sei „nicht jenes Polen, um das wir nun das sechste Jahr gegen die Deutschen kämpfen“, hieß es in dem letzten Befehl. Obwohl die Grundziele – Unabhängigkeit und Souveränität – nicht verwirklicht seien, wolle man gegen die Sowjets nicht kämpfen. „Versucht, Führer der Nation zu sein, die Unabhängigkeit des polnischen Staates zu verwirklichen“, beschwor der Befehlshaber die Soldaten. „In dieser Tätigkeit muß jeder für sich der Befehlshaber sein.“ Die Soldaten, die ermahnt wurden, „immer nur Polen treu zu bleiben“, wurden ihres Eides

entbunden;<sup>1</sup> eine anfangs kleine, im Frühjahr wachsende Zahl blieb jedoch im – nun antikommunistischen – Untergrund.

Die Quellen über Ereignisse, Haltungen und Empfindungen unmittelbar nach Befreiung durch die Rote Armee sind äußerst widersprüchlich. In den Zeitungen, die sofort zu erscheinen begannen, ist weniger von dem großen Befreiungserlebnis, um so mehr von dem durch Not und Zerstörung geprägten Alltag zu lesen. Das zentrale Thema ist der Wiederaufbau: Hier gibt es wieder Essen, da: Strom und Straßenbahn, woanders: Brücken, Schulen und Filmvorführungen. Diese Meldungen sind sowohl Zeugnisse der vorangehenden Vernichtung wie auch der Kraft des menschlichen Willens, möglichst bald erträgliche Lebensbedingungen wiederherzustellen. Ein gänzlich anderes Bild vermitteln die aus dem Untergrund stammenden Berichte: Hier ist von Gewalt, Mord und Plünderungen die Rede, von neuen Lagern, die abermals mit polnischen Häftlingen aufgefüllt werden. Aber auch in diesen Berichten wird immer wieder sichtbar, daß eine Fortsetzung des bisherigen Widerstands keine Lösung bietet, daß die „neue Besatzung“ trotz all ihrer Brutalität neue Verhaltensnormen und -weisen herausfordert. „Wir haben einen Aufruf an die Landsleute im Wald (in den antikommunistischen Partisaneneinheiten; W.B.) herausgegeben (...)“, heißt es im Mai 1945 in einer Depesche aus Warschau an die Exilregierung, „daß sie sich nicht zu einem bewaffneten Kampf provozieren lassen dürfen und in das normale Leben zurückkehren, wo immer es geht, denn im Wald erwartet sie das Verderben.“<sup>2</sup>

Vertieft wurde diese Widersprüchlichkeit der Stimmungen und Haltungen durch das Großmächtespiel um Polen. Die Konferenz in Jalta beschloß bekanntlich, daß die Ostgrenze Polens im Prinzip entlang der sog. Curzon-Linie verlaufen sollte. Damit hatten die Westmächte die 1939 von der Sowjetunion vollzogene Annexion von nahezu der Hälfte des polnischen Staatsgebiets de facto anerkannt. Die andere Abmachung von Jalta sah die Bildung einer neuen polnischen Regierung vor. Diese „Provisorische Regierung der Nationalen Einheit“ sollte gebildet werden aus Mitgliedern der bereits amtierenden, von Moskau eingesetzten Provisorischen Regierung sowie aus „demokratischen Anführern“ aus Polen und dem Ausland. Die zu diesem Zeitpunkt völkerrechtlich von den meisten Mitgliedern der Anti-Hitler-Koalition anerkannte polnische Exilregierung in London war auf sowjetisches Drängen aus den künftigen Ver-

<sup>1</sup> Auflösungsbefehl zit. nach *Armia Krajowa w dokumentach* (Die Heimatarmee in Dokumenten). Bd. V, Londyn 1981, S. 239f. Zu diesem Fragenkomplex s. vor allem Krystyna Kersten, *Narodziny systemu władzy. Polska 1943–1948* (Die Geburt des Herrschaftssystems. Polen 1943–1948), zit. nach der Ausgabe Poznań 1989, S. 145–149.

<sup>2</sup> *Armia Krajowa* (wie Anm. 1), S. 421.

handlungen ausgeklammert worden. Ihr Vertreter durfte im April 1945 die Gründungsakte der Vereinten Nationen nicht mitunterzeichnen. In den neuen, durch die militärische Macht der Roten Armee gestalteten Verhältnissen gab es für eine Vertretung des „alten“ Polen, für die Kontinuität zwischen Vor- und Nachkriegszeit keinen Platz mehr.

Am 8. Mai 1945 befand sich Polen folglich in einer seltsamen Lage. Es hatte zwei Regierungen, deren eine von der Sowjetunion anerkannt war und zumindest partiell die Verfügungsgewalt im Land ausübte, während die andere von den USA und Großbritannien anerkannt war und den Oberbefehl über die polnischen Truppen an West- und Italienfront behielt. Der Staat hatte im Norden und Westen keine Grenzen. Im Grunde hatte er auch keine Verfassung: Theoretisch galt zwar das Grundgesetz von 1921, praktisch war es jedoch sowohl durch die seit Herbst 1944 erlassenen Rechtsakte als auch durch die neuen Machtverhältnisse ausgehöhlt und unanwendbar geworden.

Neu waren ebenfalls die Politiker, die über Polens künftiges Schicksal mitentscheiden sollten. Die Führer der Polska Partia Robotnicza (PPR; Polnische Arbeiterpartei), Władysław Gomułka und Bolesław Bierut, waren im Lande gänzlich unbekannt.<sup>3</sup> Dasselbe galt für den Ministerpräsidenten Edward Osóbka-Morawski, der nur deshalb als Vertreter der Sozialisten gelten konnte, weil sich nahezu die gesamte alte Führung der Sozialistischen Partei in Opposition zur „Lubliner“ Regierung befand.

Dasselbe Phänomen eines nahezu vollständigen Elitenwechsels war aber auch auf der Gegenseite bei der entstehenden legalen, antikommunistischen Opposition zu beobachten. Stanisław Mikołajczyk,<sup>4</sup> der nun als Vertreter der „Polen aus dem Ausland“ die Verhandlungen mit Bierut und Gomułka aufnehmen sollte, war erst in seiner kurzen Amtszeit als Ministerpräsident im Londoner Exil (1943/44) bekannt geworden. Der Großteil der alten politischen Elite war entweder unter der Besatzungsmacht umgebracht worden oder verweigerte aus dem Exil heraus jenen Verzicht auf die Ostgebiete, der in Jalta zur Grundlage der Gespräche über die Regierungsumbildung gemacht worden war.

Die Verhandlungen fanden nach monatelangem Tauziehen um die Teilnehmerliste vom 17.–21. Juni 1945 in Moskau statt. Weder der Ort noch

---

<sup>3</sup> Dies resultierte vor allem daraus, daß die gesamte Führung der Polnischen Kommunistischen Partei (KPP) 1938 von Stalin umgebracht worden war. Gomułka war vor 1939 bestenfalls eine zweitrangige Figur in der ohnehin nicht übermäßig großen kommunistischen Bewegung, Bierut war bis 1943 Funktionär der Komintern und wahrscheinlich des NKVD.

<sup>4</sup> Eine „große“ Biographie Mikołajczyks ist bisher noch nicht geschrieben worden; vgl. Andrzej Paczkowski, Stanisław Mikołajczyk czyli kłęska realisty (Stanisław Mikołajczyk oder die Niederlage eines Realisten). Warszawa 1991.

der Zeitpunkt waren zufällig: Genau in diesen Tagen standen nämlich in Moskau 16 Führer des polnischen regierungstreuen Widerstands vor dem Militärkolleg des sowjetischen Obersten Gerichts. In Anknüpfung an das Kommuniqué von Jalta hatten sie sich im März den sowjetischen Organen als Vertreter der Polen „aus dem Lande“ offenbart, um an den Gesprächen um die Regierungsbildung beteiligt zu werden. Statt dessen – und trotz sowjetischer Sicherheitsgarantien – wurden die Führer des antideutschen Widerstands verhaftet, nach Moskau verbracht und „antisowjetischer Aktivitäten“ angeklagt. Gemessen an dieser Anklage, fielen die Urteile – mit einer Höchststrafe von 10 Jahren Gefängnis für den ehemaligen Befehlshaber der Armia Krajowa – nahezu mild aus; freilich sollten weder der Hauptangeklagte noch der Führer des zivilen Widerstands jemals nach Polen zurückkehren. Die Proteste der Exilregierung, halbherzig unterstützt durch die britische und amerikanische Diplomatie, fruchteten nichts. Die von Stalin inszenierte Demütigung aller nichtkommunistischen Polen war perfekt.

Wenige Wochen später fiel in Potsdam die faktische Entscheidung über die polnische Nord- und Westgrenze. Aus dem alten Staatsterritorium von 388 000 km<sup>2</sup> waren nach den sowjetischen Annexionen im Osten gerade 209 000 km<sup>2</sup> übriggeblieben. Hinzu kamen nun 103 000 km<sup>2</sup> der „früher deutschen Gebiete“, die „unter die Verwaltung des polnischen Staates“ gestellt wurden „und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden“ sollten; gleichzeitig wurde die „endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt“.<sup>5</sup> Diese und andere Mehrdeutigkeiten des Potsdamer Protokolls verliehen der neuen polnisch-deutschen Grenze einen sonderbaren Status mixtus, der in den Folgejahren östlicherseits zunehmend als „normale“ Staatsgrenze, aus westdeutscher Sicht hingegen als eine Art provisorische Demarkationslinie interpretiert werden konnte.<sup>6</sup>

Die völkerrechtlichen Kontroversen waren bekanntlich nur Teil jener Auseinandersetzungen, die zum festen Bestandteil der politischen Kultur des neuen Staates gehören sollten. Die Dimensionen der zwischen Teheran und Potsdam ausgehandelten „Westverschiebung“ des neuen polnischen Staates – hier Verlust von 47% des alten, dort Kompensation in Ge-

---

<sup>5</sup> Die deutsche Übersetzung zit. nach Michael Antoni, *Das Potsdamer Abkommen – Trauma oder Chance? Geltung, Inhalt und staatsrechtliche Bedeutung für Deutschland*. Berlin 1985, S. 345.

<sup>6</sup> Die völkerrechtlichen Interpretationen dieser Frage blieben bekanntlich bis 1990 ein hochrangiges Politikum. Die beste polnische Abhandlung zu diesem Thema bleibt bis heute Krzysztof Skubiszewski, *Zachodnia granica Polski w świetle traktatów* (Die Westgrenze Polens im Licht der Verträge). Poznań 1975.

stalt von rund  $\frac{1}{3}$  des neuen Territoriums – brachte es mit sich, daß jede Infragestellung des Besitzanspruchs auf die neuen Nord- und Westgebiete zur (Über-)Lebensfrage gedeutet wurde. Daß diese Frage bald gestellt werden würde, war offenkundig. Nicht nur von den Deutschen – die Entscheidung über die Westverschiebung war ja im exklusiven Klub der Großmächte gefallen; folglich konnte sie zunächst einmal nur von ihnen revidiert werden. Die Westmächte artikulierten ihren Standpunkt 1945 und 1946 zunehmend deutlicher: Ohne explizit den Grenzverlauf in Frage zu stellen, machten sie immer wieder auf den Zusammenhang zwischen ihrem Verhältnis zum „neuen“ Polen und der in Jalta und Potsdam festgeschriebenen Verpflichtung zur Abhaltung freier Wahlen aufmerksam. Nun waren die Urnengänge in Polen – 1946 die Volksbefragung, 1947 die Parlamentswahlen – weder frei noch sonst irgendwie demokratisch;<sup>7</sup> folglich stellten vor allem die USA die formaljuristische Auslegung der Potsdamer Beschlüsse in den Mittelpunkt ihrer Sicht der Grenzfrage. Dies bedeutete wiederum, daß die Sowjetunion zur einzigen Großmacht wurde, die sich klar für den definitiven Charakter der Oder-Neiße-Linie aussprach – wodurch Moskau zwangsläufig in den Rang des einzigen Garanten der territorialen Integrität des polnischen Staates aufstieg. Der Dauerkonflikt mit Deutschland, der die Lage Polens schon vor 1939 geprägt hatte, mußte in einer längerfristigen Perspektive ebenso stark die Abhängigkeit Warschaws von Moskau fördern.

All dies war schon früher erkennbar gewesen; nicht nur die Londoner Exilregierung hatte vergeblich versucht, den Entscheidungsträgern in London und Washington den Zusammenhang zwischen Westverschiebung und Souveränitätsverlust zu verdeutlichen. George F. Kennan, damals allerdings eine noch relativ unbedeutende Person der Zeitgeschichte, warnte bereits im Dezember 1944, „daß eine Fixierung der Grenze entlang der Oder diese Abhängigkeit bis zu dem Punkt steigern muß, an dem kein polnisches Regime im Gebiet östlich der Oder mehr als eine reine Lokalverwaltung aufrechterhalten kann, wodurch es logischerweise militärisch, ökonomisch und politisch in die Verantwortlichkeit der Sowjetunion fallen muß“.<sup>8</sup> Vor Potsdam wollten Kennans Vorgesetzte auf derartige Warnungen nicht hören. Nach Potsdam war es zu spät.

---

<sup>7</sup> Die wichtigste Quellenedition zu dieser Frage: Dokumenty do dziejów PRL. Z. 4: Referendum z 30 czerwca 1946 r., Przebieg i wyniki (Dokumente zur Geschichte der PRL. H. 4: Referendum vom 30. Juni 1946. Verlauf und Ergebnisse). Warszawa 1993. Der Mechanismus des Zustandekommens der offiziellen Ergebnisse der Parlamentswahlen ist schon vor 1989 mehrmals aufgezeigt worden.

<sup>8</sup> George F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten. Stuttgart 1968, S. 218f.

Das Kommuniqué von Potsdam schließt eigentlich die Reihe der großen Ereignisse von 1945. Ab Sommer setzte der langsame Übergang zur Nachkriegszeit ein – der ökonomische und soziale Wiederaufbau, die allmähliche – freilich noch lange nicht vollständige – Auflösung des Untergrunds, die Herausbildung einer legalen antikommunistischen Opposition in Gestalt der *Polskie Stronnictwo Ludowe* (PSL; Bauernpartei) – all dies verlieh dieser Übergangsperiode die Aura einer schrittweisen Annäherung an Normalität. Daß aber der eigentliche Machtkampf zwischen PPR und PSL noch bevorstand, war klar erkennbar. Weniger klar war wohl, daß die Zugehörigkeit Polens zur sowjetischen Einflußsphäre über den Ausgang der innenpolitischen Auseinandersetzung schon vor deren Beginn entschieden hatte.

## II.

1945 erhält seine Bedeutung in der polnischen Geschichte nicht nur durch die Tatsache, daß es die Kriegs- von der Nachkriegszeit trennt. Im 20. Jahrhundert sind zwei, möglicherweise drei polnische Staaten gegründet worden: 1918, 1945 und – vielleicht – 1989. Da uns von dem letzten dieser Daten eine allzu kurze Distanz trennt und damit die Frage offenbleibt, ob man für 1989 eine ähnliche Qualität beanspruchen kann wie für 1918 und 1945, begnügen wir uns mit einem Vergleich der Staatsgründungen nach den Weltkriegen.

Im November 1918 stand Polen vor der Alternative Rätediktatur oder parlamentarische Demokratie. Innerhalb weniger Wochen setzte sich bei den Parlamentswahlen im Januar 1919 die parlamentarische Demokratie durch. 1945 lautete die Alternative parlamentarische gegen sog. Volksdemokratie. Der Sieg der letzten, symbolisiert durch das neue Verfassungsgesetz und die Flucht Mikołajczyks 1947, war, wie vieles andere, vermutlich bereits vor 1945 vorprogrammiert. Nach mehreren Jahren intensiver Forschung scheint heute festzustehen, daß Stalin wahrscheinlich schon 1943 keine Alternativen zur Sowjetisierung erwogen hat.

Warum hat nun das Kalkül Moskaus eine derartige Schlüsselbedeutung? Hier kommen wir zu dem Vergleich der Instrumente, mit deren Hilfe die polnischen Nachkriegsgründungen vorgenommen worden sind. 1918 entwaffneten polnische Freiwillige – Mitglieder von Geheimorganisationen, oft Studenten und Schüler – die deutschen und österreichisch-ungarischen Besatzungstruppen. Gerade dieser Akt der Entwaffnung; der Rückzug der Besatzer – erst in die örtlichen Kasernen, bald nach Hause – verkörperte den tiefgreifenden, von einem großen Teil der Polen unmittel-

bar miterlebten, zeitlich und räumlich klar definierbaren Umbruch. Polen wurde Staat, indem es aus eigenen Kräften, in einem realen und zugleich symbolischen Akt die Besatzungsherrschaft abschüttelte.

1945 war es genau umgekehrt: Die Hebamme der neuen Staatlichkeit war eine fremde Armee. Die sowjetischen Streitkräfte sind offiziell zu Befreibern erklärt, sie sind nach sechs Jahren NS-Herrschaft in Zentral- und Westpolen durchaus auch als solche empfunden worden – aber sie benahmen sich wie Eroberer. Die Kluft zwischen diesen Tatsachen hätte tiefer kaum sein können. In den entscheidenden Jahren zwischen der Etablierung einer kommunistischen Quasi-Regierung im Sommer 1944 und den Wahlen im Januar 1947 ging die Allgegenwärtigkeit dieses seltsamen Verbündeten in der Öffentlichkeit zwar zurück; trotzdem hielt die Präsenz der russischen Truppen jene Konstellation aufrecht, die Stalin im Herbst 1944 als eine „sehr günstige Lage“ beschrieben hat: „Ihr habt jetzt eine solche Kraft“, sagte er den polnischen Genossen, „daß, wenn ihr sagt, 2 mal 2 ist 16, eure Gegner euch dies bestätigen werden (...) Das wird aber nicht immer so bleiben“, warnte er im nächsten Satz. „Dann werden sie (die Gegner; W.B.) euch (die Kommunisten; W.B.) abschieben, abschießen wie die Rebhühner.“<sup>9</sup>

Die Frage, wie lange 2 mal 2 16 bleiben konnte, sollte Volkspolen 45 Jahre lang begleiten. Der kommunistische Staat stellte gerade in dieser Hinsicht – nämlich der Frage nach seiner Souveränität – das genaue Gegenteil der Zweiten Republik dar. Weitverbreitet ist heute die Deutung, derzufolge das unsouveräne Volkspolen vor allem an dieser mangelnden Qualität als Staat zugrunde gegangen sei. Dies kann gewiß nicht ganz falsch sein, denn ein souveräner kommunistischer Staat hätte weder 1945 entstehen noch in den folgenden Jahrzehnten bestehen können. Ebenso berechtigt wäre aber die These, daß Volkspolen letztlich nicht an seinem Mangel von Würde und Entscheidungsfreiheit zerbrochen ist, sondern an den Versprechungen, die es 1944/45 gegeben und zu einem großen Teil nicht eingelöst hat. Die ideologische Gründungsakte der neuen Staatlichkeit, das sog. Manifest des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung vom 22. Juli 1944, blieb eigentlich in jedem Punkt, in dem es die kommenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen ansprach, politische Rhetorik – angefangen von der „Ausübung der Staatsgewalt durch (...) Nationalräte“ verschiedener Stufen und der „Wiedereinführung aller de-

---

<sup>9</sup> Zit. nach dem Protokoll der ZK-Sitzung vom 9. Oktober 1944, in: Dokumenty do dziejów PRL. Z. 2: Protokoły posiedzeń Biura Politycznego KC PPR 1944–1945 (Dokumente zur Geschichte der PRL. H. 2: Protokolle der Sitzungen des Politbüros KC PPR 1944–1945). Warszawa 1992, S. 16-29, hier S. 22 f.

mokratischen Freiheiten“ über die Rückgabe des deutscherseits geraubten Eigentums („den einzelnen Bürgern, Bauern, Kaufleuten, Handwerkern, kleinen und mittleren Industriellen, Institutionen und der Kirche“) an die rechtmäßigen Eigentümer und die Grundsätze der Bodenreform bis hin zur Abschaffung der verhaßten landwirtschaftlichen Zwangsablieferungen und die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen.<sup>10</sup> In all diesen Fragen war es nicht sonderlich schwierig auszurechnen, wieviel 2 mal 2 wirklich ist.

Den schwierigsten Teil der Staatsgründung von 1918 bildete die Grenzziehung. In den Jahren bis zur endgültigen Festlegung 1922 bzw. Anerkennung 1923 spielten mehrere Faktoren eine Rolle. Letztlich war das Ergebnis ein Kompromiß zwischen Können und Wollen, zwischen alliierten Ordnungsvorstellungen, Selbstbestimmungsrecht der unmittelbar Betroffenen und militärischem Kräfteverhältnis, schließlich zwischen relativer polnischer Stärke und relativer Schwäche bzw. – im Fall Belorußlands und der Ukraine – Machtlosigkeit der Nachbarn. Als Kompromiß entsprach der Verlauf der Grenzen weder historischen noch ethnischen noch sonst irgendwelchen Prinzipien, aber dies war angesichts der komplizierten Verhältnisse in Mitteleuropa auch nicht anders zu erwarten. Die Polen konnten auf jeden Fall zufrieden sein, das durch den Zusammenbruch der Teilungsmächte entstandene Vakuum nach besten Kräften mit polnischer Materie aufgefüllt zu haben.

Dergleichen galt für 1944/45 nicht. Wenn überhaupt von einem Vakuum gegen Ende des Zweiten Weltkrieges die Rede sein kann, dann nur im Zusammenhang mit der Abdankung Frankreichs als regional mitentscheidender Großmacht. Der Aufstieg der Sowjetunion zu mitteleuropäischer Dominanz erfuhr weder durch die geschwächte britische noch durch die aufkommende amerikanische Großmacht eine Neutralisierung. Es war dann auch die Hegemonialstellung der Sowjetunion, die den Grenzziehungsprozeß von Anfang bis Ende bestimmte. Der Anteil der Polen, ob kommunistischer oder anderer Couleur, war im Grunde marginal – in Teheran und Jalta standen sie nicht einmal vor der Tür, in Potsdam waren sie kurz vorgelassen worden, um „angehört“ zu werden. Nach 1918 wurden also die Grenzen in erbitterten, jahrelangen Auseinandersetzungen von Polen zumindest mitgestaltet. 1945 war die grundsätzliche Entscheidung schon vor Kriegsende gefallen, und auch den letzten Teil des Problems lösten die Großmächte unter sich.

---

<sup>10</sup> Die deutsche Übersetzung des Manifests zit. nach: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bd. I/3, Berlin 1960, S. 1-7.

Indessen hatte das Problem der Grenzen aus polnischer Sicht beide Male fundamentale Bedeutung, die weit über das nach Kriegsende übliche Hin- und Herschieben von umstrittenen Grenzprovinzen hinausging. Vor 1918 hatte die „geteilte Nation“ über 120 Jahre lang keinen Staat gehabt, der wenigstens die Mehrheit der Konnationalen zusammengefaßt hätte. Es ging also 1918 um einen gesamtpolnischen Staat, der nur auf den Trümmern der Teilungsimperien errichtet werden konnte. Als Bezugspunkt fungierte das erweiterte 19. Jahrhundert, das aus polnischer Sicht gewissermaßen vom Beginn bis zum Ende der Teilungszeit reichte. Jetzt, 1919, sollte diese Epoche, soweit möglich, rückgängig gemacht, die Staatsgründung zu einer „Akte der Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung des Teilungsverbrechens (...)“ werden.<sup>11</sup>

Diese „Wiedergutmachung“ der Folgen des „Teilungsverbrechens“ sollte keineswegs einer *restitutio in integrum* der alten Adelsrepublik gleichkommen. Selbst den glühendsten Nationalisten war nämlich 1918 bewußt, daß das 19. Jahrhundert nicht spurlos vorbeigegangen war an ostmitteleuropäischen Bewußtseinslagen und Sozialstrukturen, daß eine Neuauflage der Adelsrepublik aus allen möglichen Gründen nicht in Frage kam. Der Rückgriff auf das späte 18. Jahrhundert resultierte weniger aus Gerechtigkeitswahn als vielmehr aus der Verlegenheit, daß keine anderen, halbwegs vorteilhaften Bezugspunkte zur Verfügung standen: Die Unterschiede zwischen dem „ethnischen“, d.h. mehrheitlich polnisch besiedelten Gebiet und dem „historischen“, im Sinne der „Wiedergutmachung des Teilungsverbrechens“ vorstellbaren Polen ließen sich im Osten in Hunderten von Kilometern messen. „Die Grenzen Polens, jene Orte, wo es endet, wo es mit anderen Gebieten zusammentrifft, wer von uns kann sie fehlerfrei zeigen?“ klagte 1921 die Schriftstellerin Maria Dąbrowska, der wir mehrere, über Jahrzehnte verstreute kluge Kommentare über die Staatsgründungen von 1918 und 1945 verdanken. „Unsere Grenzen – die haben wir doch fast vergessen. Wenn wir sagen ‚Polen, Polen‘ (...), wissen wir ja gar nicht, wo es endet, wie weit jene Gebiete reichen, die Erbe unserer Väter waren und jetzt der neue Polnische Staat werden.“<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Aus dem ersten Satz der „Nota delegacji polskiej na konferencji pokojowej w sprawie granic zachodnich państwa polskiego“ („Die Note der polnischen Delegation auf der Friedenskonferenz wegen der Westgrenzen des polnischen Staates“), zit. nach Roman Dmowski, *Polityka polska i odbudowanie państwa* (Die polnische Politik und der Aufbau des Staates). Warszawa 1926, S. 521-525, hier S. 521.

<sup>12</sup> Zit. nach Roman Wapiński, *Kresy: alternatywa czy zależność?* (Die Grenzgebiete: Alternative oder Abhängigkeit?), in: *Między Polską etniczną a historyczną* (Zwischen dem ethnischen und dem historischen Polen). Wrocław (u.a.) 1988, S. 9-45, hier S. 17.

Die Antwort auf die herausfordernde Frage, „wo Polen endet“, fiel 1918–1923 bekanntlich – in Übereinstimmung mit der Tradition der Alten Republik – ostlastig aus:  $\frac{2}{3}$  des Staatsgebietes hatten vor 1914 zu Rußland gehört,  $\frac{1}{5}$  zur Habsburgermonarchie, die ehemals preußischen Provinzen stellten nur knapp  $\frac{1}{8}$  des Staatsgebietes. 1945 wurde von den Großmächten eine genau entgegengesetzte Lösung ausgehandelt. Der Anteil früher russischer Gebiete fiel auf  $\frac{1}{3}$ , der der österreichischen ging geringfügig zurück, dafür machten ehemals preußische Provinzen nun fast 50% des neuen Staatsterritoriums aus.

Das Hantieren mit abgerundeten Prozentsätzen gibt natürlich nicht wieder, was diese Veränderungen für Staat und Gesellschaft bedeuteten. Nach 1918 hatte es größte Mühe gekostet, die Republik aus drei, im Grunde vier Teilungsgebieten<sup>13</sup> zusammenzufügen. Dieses Zusammenfügen reichte von Rechtsangleichung über Industrie- und Verkehrspolitik bis hin zu nationaler Sinnstiftung, der Beweisführung, daß gerade dieses letztlich doch von recht zufälligen Grenzen umgebene Gebiet die neue Heimatstätte der Polen sei. 1945 mußte genau dieselbe Operation wiederholt werden. Die Polen sollten ab sofort glauben, daß die vorige Lösung falsch und die neue – die angebliche Vollendung der 1000jährigen Nationalgeschichte – definitiv richtig sei. Dabei nahm diese Lösung die Gestalt eines Territoriums an, das in der nationalen Überlieferung – im Unterschied zur Alten Republik – so gut wie keine Rolle spielte, da es eben nur vor 1000 Jahren geographische Basis einer polnischen Staatsbildung gewesen war! Zieht man ins Kalkül, daß zwischen 1918 und 1945 weniger als die Zeitspanne eines normalen Berufslebens liegt, so bedeutet dies, daß dieselbe Generation, die sich gerade an die Grenzen der Zwischenkriegszeit halbwegs gewöhnt hatte, nun plötzlich eine ganz neue Heimat erhielt. Oft genug handelte es sich dabei – abermals im Gegensatz zur Vorkriegsrepublik – um eine „ideologische“ oder „große“ Heimat, die die alte, „kleine“ Heimat des individuell Erlebten ausschloß.

Historiker können in solchen Fällen eigentlich nur auf die Masse der persönlichen Zeugnisse verweisen, in denen die existentiellen Schwierigkeiten im Umgang mit solchen Extremsituationen angesprochen werden. Versuchen wir uns stattdessen eine Situation vorzustellen, in der die Tschechoslowakei einmal nach Lemberg ausgreift, um im anderen Augenblick für den Verlust der Slowakei mit dem Anschluß von Franken getröstet zu werden!

<sup>13</sup> Das ehemalige russische Teilungsgebiet bestand aus jenem Territorium, das 1815 dem „Königreich Polen“ zugeschlagen wurde, und den weiter östlich gelegenen, seinerzeit direkt in das Zarenreich eingegliederten Provinzen.

Polen hatte nun einen neuen Platz auf der europäischen Landkarte erhalten. Dieses „Neue“ zu einem fest verankerten Bestandteil des Alltäglichen zu machen, die polnischen Siedler in der größtenteils völlig fremden Umgebung zu integrieren, den „Wilden“ Westen von 1945 in einen ganz normalen Westteil der Republik zu verwandeln<sup>14</sup> – dies alles sollte noch viel Mühe und Zeit kosten.

Bei allen Unterschieden hatten die Staatsgründungen von 1918 und 1945 zumindest eines gemeinsam. In beiden Fällen wurde die Abgrenzung gegenüber der Vergangenheit zum Wegweiser für die Zukunft; Sinn und Berechtigung der Staatsgründung bestanden darin, nun alles anders, besser als vorher zu machen.

1918 war diese Abgrenzung einigermaßen unproblematisch, ging es doch um einen negativen Bezugspunkt, der – individuellen Biographien zum Trotz – als fremdbestimmt definiert werden konnte. Der neue Staat sollte aber nicht nur polnisch, d.h. souverän bzw. unabhängig sein – er sollte auch jene soziale Gerechtigkeit bringen, die unter der von außen diktierten, peripheren Modernisierung der vorangegangenen Jahrzehnte weitgehend ausgeblieben war. Die von den Gründern Volkspolens betriebene Sinnstiftung griff dieses Motiv verstärkt auf; schon 1945 gab es aber beachtenswerte Hinweise, daß die mit besonderen Versprechen angelockten Schichten – Bauern und Arbeiter – dem neuen System überaus skeptisch gegenüberstanden.<sup>15</sup>

Um den Vergleich zwischen 1918 und 1945 zusammenzufassen: Die Republik der Zwischenkriegszeit blieb bis an ihr Ende souverän, und eben als souveräner Staat hat sie die weitgehenden Versprechungen im sozialen Bereich nur unzulänglich einlösen können. Gescheitert ist sie dann aber nicht an der Enttäuschung ihrer Staatsbürger – diese hat 1939 keine Rolle gespielt –, sondern an einer extrem ungünstigen außenpolitischen Konstellation. Die Volksrepublik Polen zerfiel hingegen unter dem Druck einer Protestbewegung ihrer Bürger, die die Konstruktionsfehler dieses Staatswesens nicht mehr mittragen wollten. Diese fundamentalen Konstruktionsfehler treten freilich nicht nur in dem Vergleich mit 1918 hervor; zu einem bedeutenden Teil hängen sie mit den internen Eckdaten des Jahres 1945 zusammen, mit der Bilanz von fast sechs Jahren Krieg und Besatzung.

---

<sup>14</sup> Die Forschungen zu diesem Thema sind noch weit vom Abschluß entfernt. Eine gute Einführung für den Bereich „Großstadt“ bietet Marek Ordylowski, *Życie codzienne we Wrocławiu 1945–1948* (Das tägliche Leben in Breslau 1945–1948). Wrocław (u.a.) 1991, ergänzt durch die diesbezüglichen Partien des Tagebuchs von Hugo Steinhaus, *Wspomnienia i zapiski* (Erinnerungen und Notizen). Londyn 1992.

<sup>15</sup> Diese These passim in: *Armia Krajowa* (wie Anm. 1), Berichte der Führung des Untergrunds im ersten Halbjahr 1945.

## III.

Der Zweite Weltkrieg brachte eine der größten Katastrophen in der polnischen Geschichte. Die materiellen Verluste wurden 1946 auf 38% des nationalen Vermögens geschätzt, was etwa dem 28fachen Wert der Investitionen des letzten Vorkriegsjahres entsprach. Denselben Schätzungen zufolge soll die Industrie zu über  $\frac{1}{3}$  und das Verkehrswesen zu etwa 50% zerstört worden sein.<sup>16</sup> Diese Daten, gewiß nicht präzise, vermitteln dennoch mit einiger Sicherheit einen Eindruck von der Dimension der statistisch erfaßbaren Verwüstungen, die bekanntlich zu einem großen Teil nicht durch Kriegshandlungen, sondern vor allem durch die Besatzungspolitik zustandegekommen sind.

Die menschlichen Direktverluste betragen demnach ca. 6 Mio. Opfer, von denen knapp die Hälfte polnische Juden waren.<sup>17</sup> Nach Deutschland als Zwangsarbeiter verschleppt bzw. in das Landesinnere der Sowjetunion als politisch verdächtige Subjekte deportiert wurden ca. 3 bis 3,5 Mio. Personen. Die Grenzziehung von 1945 beließ fast 9 Mio. ehemals polnischer Staatsbürger in den ehemaligen Ostgebieten jenseits der neuen polnischen Grenze. Rechnet man all dies zusammen, so ergibt sich für den Augenblick des Kriegsendes zwischen der alten Staatsgrenze im Westen und der neuen im Osten eine Bevölkerung von knapp 18 Mio., d.h. etwa 50% des Vorkriegsstandes.<sup>18</sup> Von den ca. 4 Mio. Polen, die sich zu diesem Zeitpunkt außerhalb des neuen Staatsgebietes befanden – in Deutschland,

<sup>16</sup> Es handelt sich um Schätzungen, die aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammen. Aufschlußreich ist jedoch der Vergleich mit ähnlichen Schätzungen aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, der ebenfalls schwere Verwüstungen mit sich gebracht hatte: Die materiellen Verluste von 1914–1918 wurden zeitgenössisch auf 73 Mrd. Goldfrancs, d.h. 10–11% des Vermögens des neuen Staates geschätzt.

<sup>17</sup> Für diese Daten gelten ähnliche Einschränkungen wie für die Schätzungen der materiellen Verluste. In der Diskussion in „Dzieje Najnowsze“ (1994), Nr. 2, wird auf viele zweifelhafte Angaben in den einzelnen „Verlustbereichen“ hingewiesen, gleichzeitig wird jedoch in beiden Beiträgen über die Gesamtverluste (Jerzy Z. Holzer, Bilans demograficzny Polski dla okresu 1939–1945 (Demographische Bilanz Polens für den Zeitraum 1939–1945), S. 5–7, hier S. 7; Czesław Łuczak, Szanse i trudności bilansu demograficznego Polski w latach 1939–1945 (Chancen und Schwierigkeiten einer demographischen Bilanz Polens für die Jahre 1939–1945), S. 9–14, hier S. 14) an der Schätzung von insgesamt ca. 6 Mio. Toten festgehalten.

<sup>18</sup> Hinzu kamen – nach polnischen Schätzungen – 4,5 Mio. Menschen (darunter 3,4 Mio. Deutsche) in den Gebieten zwischen Vorkriegs- und neuer Westgrenze. Bis zu der ersten Volkszählung im Februar 1946 erhöhte sich die Gesamtzahl der Bevölkerung innerhalb der neuen Staatsgrenzen auf fast 24 Mio., wobei sich der Anteil der Deutschen infolge der ersten Zwangsaussiedlungen erheblich verringert haben dürfte. Die Angaben nach Historia Polski w liczbach. Ludność. Terytorium (Geschichte Polens in Zahlen. Bevölkerung. Territorium). Warszawa 1993, Tab. 172 u. 173, wobei die Zahl der Deutschen höchstwahrscheinlich nach oben korrigiert werden sollte.

in der Sowjetunion und im westlichen Exil –, ist die Mehrheit in den folgenden Jahren nach Polen zurückgekehrt bzw. umgesiedelt. Dennoch bedeuteten die Gesamtverluste der polnischen Gesellschaft einen Aderlaß, der die Überlebensschwelle dieses Organismus fast erreicht zu haben schien. Die Zerstörung der Nervenzentren der modernen Gesellschaft – der Großstädte – hatte eine zuvor unvorstellbare Dimension erreicht; die menschlichen Verluste der Stadtbevölkerung werden mit 2,5 Mio. auf etwa 50% geschätzt (77% der ermordeten Juden hatten in Städten gewohnt). Der Gesundheitszustand der Überlebenden war durch jahrelanges Hungern und die Ausbreitung von Krankheiten gekennzeichnet.

Für das entstehende Volkspolen fiel indessen besonders ins Gewicht, daß die Verwüstungen der Besatzungszeit in einem ganz erheblichen Maße drei Gruppen tangierten, deren jede ein potentieller Gegner der neuen Gesellschaftsordnung hätte werden können. Als erste sind die besitzenden Schichten anzusprechen; sie waren schon 1939/40 in Westpolen von der nationalsozialistischen, im alten Ostpolen von der sowjetischen Besatzungspolitik enteignet worden. Im sog. Generalgouvernement, d.h. vereinfacht ausgedrückt in Zentralpolen, hatte die Enteignung den ländlichen polnischen Besitz zumindest teilweise verschont – dies wurde nun seit Herbst 1944 im Eiltempo nachgeholt.<sup>19</sup> Infolge dieses Verlustes der Existenzgrundlage, teils auch infolge der physischen Vernichtung, traten die vor 1939 besitzenden Schichten nach Kriegsende so gut wie überhaupt nicht in Erscheinung. Dies hängt sicherlich zu einem Teil damit zusammen, daß der Ruf nach grundlegenden gesellschaftlichen Reformen schon vor 1944 von der Mehrheit der Polen akzeptiert wurde und aller Wahrscheinlichkeit nach von jeder Nachkriegsregierung hätte verwirklicht werden müssen;<sup>20</sup> andererseits ist ebenso offenkundig, daß die großen Reformen der Nachkriegszeit, d.h. Bodenreform und Nationalisierung, im Grunde nur noch das vollendet haben, was unter der Besatzungsherrschaft – im Falle der deutschen freilich unter völlig anderer Zielsetzung – bereits weitgehend durchgeführt worden war.

---

<sup>19</sup> Vgl. dazu Dokumenty (wie Anm. 9), Sitzungen vom Oktober 1944, bes. S. 18, Anm. 82.

<sup>20</sup> Auf die Forschungsdefizite hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen der Programmatik des Widerstands und der Akzeptanz für die Nachkriegsreformen habe ich schon vor Jahren hingewiesen: Włodzimierz Borodziej, Polnische zeitgeschichtliche Arbeiten über die Jahre 1939 bis 1945, in: Zum wissenschaftlichen Ertrag der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen der Historiker 1972–1987. XX. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 1.–6. Juni 1987 in Poznań (Posen), hrsg. v. der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, red. v. Wolfgang Jacobmeyer. Braunschweig 1988 (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung. 22/XI.), S. 113–122.

Die nächste Gruppe, die potentiell ein Gegner des Stalinismus hätte sein können, war die Intelligenz. Tot waren nach den sechs Jahren Krieg und Besetzung 30% der Wissenschaftler, 57% der Rechtsanwälte, fast 22% der Richter und Staatsanwälte, 39% der Ärzte – auch an diesen Zahlen hatte der Holocaust einen bedeutenden Anteil –: insgesamt mehr als  $\frac{1}{3}$  der polnischen Akademiker der Vorkriegszeit. Rechnet man jene bereits Erwähnten hinzu, die lieber im Exil blieben als in das neue Polen zurückzukehren, so ergibt sich auch für den Bereich Bildung ein Einbruch, der entscheidend auf das Verhalten der traditionell richtungsweisenden Intelligenz einwirken mußte – konnte es denn 1945 eine dringendere Aufgabe geben als den Wiederaufbau des Bildungswesens? Und dieses ohne Kooperation mit dem neuen Staat zu vollbringen war undenkbar.

Die andere Gruppe, die sich mit dem Jahr 1945 definitiv aus ihrer bisherigen Rolle in der polnischen Geschichte verabschiedete, waren die nationalen Minderheiten. Auch in dieser Hinsicht hätte das Kriegsende kaum einen radikaleren Schlußpunkt bilden können. Die Juden ermordet, Ukrainer und Belorussen weitgehend jenseits der neuen Staatsgrenzen – schon diese Ausgangslage der neuen polnischen Staatlichkeit zeigte, daß sie in ethnischer Hinsicht eine ganz andere werden würde. Ähnlich wie im Falle der großen Reformen, vollendete dann der neue Staat, was ihm von Krieg und Besetzung in die Wiege gelegt worden war. Die Mehrheit der übriggebliebenen östlichen Minderheiten wurde in einer Art Bevölkerungsaustausch (d.h. gegen dort lebende Polen) in die angrenzenden Sowjetrepubliken ausgesiedelt. Dasselbe Schicksal traf bekanntlich die Deutschen – aus den sog. „wiedergewonnenen Gebieten“ wie aus dem alten Staatsgebiet wurden ca. 3,5 Mio. Deutsche zwangsausgesiedelt, wodurch Polen wenige Jahre nach Kriegsende zum ersten Mal in seiner Geschichte zu einem weitgehend ethnisch „homogenen“ Staat wurde.

Die Zwangsumsiedlung von Millionen Menschen als Instrument einer nationalstaatlichen „Homogenisierung“ lag bekanntlich vor 1939 außerhalb der mitteleuropäischen Vorstellungswelt.<sup>21</sup> Nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs rückt sie als eine Selbstverständlichkeit in den Mittelpunkt der Friedensplanung. Nach wenigen Jahren haben wir es mit einer Umkehrung der Vorkriegssituation zu tun: Es ist in Polen nicht eine Stimme des öffentlichen Protests bekannt, die sich gegen das Prinzip der Zwangsumsiedlung erhoben hätte. Ebenso sind uns Stellungnahmen unbekannt, die die Art ihrer Durchführung kritisch thematisieren würden.

---

<sup>21</sup> S. dazu Hans Lemberg, „Ethnische Säuberung“: Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, Nr. B 46/92 vom 6. November 1992, S. 27-38.

Dabei war es keineswegs so, daß diese Umstände nur in deutscher Erinnerung die schlimmsten Eindrücke hinterlassen hätten:<sup>22</sup> die „Entukrainisierung“ Südostpolens mit dem Schlußakt der Zwangsaussiedlung der – bisher nicht in die Sowjetunion verdrängten – Ukrainer aus ihrer Heimat dürfte eine ähnlich traumatische Erfahrung gewesen sein.<sup>23</sup>

Die Zustimmung, die die gewaltsame Polonisierung von Boden und übriggebliebenen Menschen in der zweiten Hälfte der 40er Jahre von der Gesellschaft erfuhr, hatte auf mehrfache Arten mit der unmittelbaren Vergangenheit zu tun. Erstens war 1945 die Kollektivschuldthese, abgeleitet aus der Überzeugung von einem angeborenen deutschen Hang zum Verbrechen, so weit verbreitet, daß man sie als Binsenwahrheit der Nachkriegsjahre bezeichnen kann. Auch das Verlangen nach Rache wurde als eine völlig legitime Haltung empfunden – mit den Ukrainern stand noch die Rechnung für die Blutbäder in Wolhynien offen, der „Haß gegenüber Deutschen“ wurde gar „als gesellschaftlich kostbarer Wert“ gelobt, und zwar sowohl innerhalb des Regierungslagers wie auch von nichtkommunistischen Kräften.<sup>24</sup> Wenn jedoch in der damaligen Publizistik die Schaffung von „rentablen Konzentrationslagern“ für Deutsche verlangt wurde,<sup>25</sup> wenn polnische Soldaten in die Umsiedlung der Ukrainer mit dem vielsagenden Hinweis geschickt wurden, „der Bandit unterscheidet sich im allgemeinen durch nichts von jedem Menschen, dem man begegnet“,<sup>26</sup>

<sup>22</sup> Vgl. Dokumentation (wie Anm. 10), Bd. I/1-2, sowie Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, hrsg. v. Wolfgang Benz. Frankfurt a.M. 1985, mit weiterführender Literatur. Auf polnischer Seite ist die Zwangsaussiedlung der Deutschen jahrzehntelang fast vollständig tabuisiert, mit rigorosen Zensurvorschriften belegt und im Ergebnis so gut wie nicht untersucht worden.

<sup>23</sup> Dazu vor allem Eugeniusz Miśiło, Akcja „Wisła“. Dokumenty wysiedlenia ludności ukraińskiej na tereny poniemieckie (Aktion „Weichsel“. Dokumente zur Aussiedlung der ukrainischen Bevölkerung in die ehemals deutschen Gebiete). Warszawa 1993. Addiert man die fast 500 000 Ukrainer, die bis Sommer 1946 in die Sowjetunion verdrängt worden waren, und die 140 000 Opfer der Aktion vom Frühjahr 1947, handelte es sich insgesamt um die Entwurzelung von ca. 650 000 Menschen.

<sup>24</sup> S. dazu v.a. Edmund Dmitrow, Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945–1948 (Die Deutschen und die Hitler-Okkupation in den Augen der Polen. Ansichten und Meinungen aus den Jahren 1945–1948). Warszawa 1987, passim. Der Lob des „Hasses als eines gesellschaftlich kostbaren Wertes“ stammte von dem damals führenden Intellektuellen der Linken, Jan Kott; zit. nach ebenda, S. 238.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 267 u. 265 f.

<sup>26</sup> Eugeniusz Miśiło, Polska polityka narodowościowa wobec Ukraińców 1944–1947 (Die polnische Nationalitätenpolitik gegenüber den Ukrainern 1944–1947), in: Polska – Polacy – mniejszości narodowe (Polen – die Polen – nationale Minderheiten). Wrocław (u.a.) 1992, S. 391–421, hier S. 407. Zahlreiche Beispiele für die amtliche Verwendung der „Sprache des Unmenschen“ in den von Miśiło, Akcja (wie Anm. 23), publizierten Dokumenten.

wurde schon eine andere Folge der Kriegs- und Besatzungszeit manifest: die Ansteckung durch Menschenverachtung.

Diese Gefahr – oder sollte man eher von einer virulenten Krankheit sprechen? – ist von außen erkannt worden,<sup>27</sup> sie wurde aber vor allem unter Polen selbst diskutiert. Stanisław Ossowski, mehr als ein prominenter Soziologe, gab im September 1946 seiner tiefen Beunruhigung über den Geisteszustand der polnischen Gesellschaft Ausdruck: Mehrere nationalsozialistische Denkschemata, vor allem ein auf Rassismus aufbauender Nationalismus, seien in der Nachkriegsöffentlichkeit erkennbar; das Gift der Besatzungszeit wirke weiter.<sup>28</sup> Und die größte autodiagnostische Diskussion jener Zeit drehte sich um die Frage, ob die Polen – oder überhaupt: die Opfer – aus der Hölle eines Konzentrationslagers geistig unversehrt, gewissermaßen nur als heldenhafte Märtyrer herausgekommen waren – herauskommen konnten –, oder ob nicht die Tatsache des Überlebens in extremis notgedrungen ein bestimmtes Maß an Verwicklung, vielleicht sogar Mitschuld beinhalten mußte? „(...) sagt doch endlich“, forderte der ehemalige Auschwitz-Häftling Tadeusz Borowski seine Mithäftlinge auf, „wie ihr die Plätze im Krankenhaus gekauft habt, in den guten Kommandos, wie ihr die Muselmanen in den Kamin geschoben habt, wie ihr Frauen und Männer gekauft habt (...) erzählt doch von dem Lageralltag, über die Organisation, über die Hierarchie der Angst, über die Einsamkeit eines jeden Menschen. Aber schreibt doch, daß gerade ihr das getan habt. Daß ein Teil des berühmten Ruhms von Auschwitz auch euch gehört. Oder vielleicht nicht?“<sup>29</sup>

#### IV.

Die geographische und mentale Entwurzelung der polnischen Gesellschaft wurde 1945 verstärkt durch eine weitgehende Desorientierung hinsichtlich der Zukunft der neuen Staatlichkeit. Man habe das Gefühl einer „Permanenz des Provisoriums“, klagte im Mai 1945 der Journalist Ed-

<sup>27</sup> Vgl. den bis heute lesenswerten Aufsatz von Walter Dirks, Eugen Kogon, Verhängnis und Hoffnung im Osten. Das Deutsch-Polnische Problem. Betrachtungen im Mai 1947, Neudr. in: Vertreibung (wie Anm. 22), S. 125-142, hier S. 128.

<sup>28</sup> Stanisław Ossowski, Na tle wydarzeń kieleckich (Vor dem Hintergrund der Kielcer Ereignisse), in: *Kuźnica* Nr. 38 vom 30. September 1946.

<sup>29</sup> Zit. nach Dmitrow, Niemcy (wie Anm. 24), S. 117f. u. ebenda, S. 113-128. Die Diskussion ist erstmals von dem Literaturhistoriker Andrzej Werner unter dem bezeichnenden Titel *Zwyczajna apokalipsa* (Eine gewöhnliche Apokalypse). Warszawa 1971, rekonstruiert worden.

mund Osmańczyk, der Volkspolen bis an sein Ende als unbequemer Zeitzeuge begleiten sollte. „Die Gesellschaft ist paralysiert von der Angst vor dem Abgrund (...) Die Gesellschaft fühlt sich als Ball in einem internationalen Spiel.“<sup>30</sup>

Diese Unsicherheit über externe wie interne Rahmenbedingungen der künftigen Entwicklung hatte mindestens zwei grundsätzliche Dimensionen. Die eine war die individuell-biographische. Die Älteren waren noch in den Kaiserreichen groß geworden; sie hatten dann einen Weltkrieg erlebt, die Begeisterung über die Staatsgründung 1918, die Furcht vor dem Zusammenbruch 1920, parlamentarische Demokratie, autoritäre Diktatur, schließlich neuen Weltkrieg, neue Grenzen und die Entstehung eines Staates, der 1945 zwar noch nicht Volksrepublik hieß, sich dennoch von seinem Vorgänger überdeutlich unterschied.

Die andere Dimension der Verunsicherung wird von dem Durchschnittsbürger kaum zum Ausdruck gebracht worden sein, beschäftigte ihn aber ebenso sehr wie die Intellektuellen und Politiker. In seiner ganzen Geschichte vor 1945 war Polen eines der „Borderlands of Western Civilization“, Teil der mitteleuropäischen Peripherie des Westens, oder, in anderer Sprache ausgedrückt, des „Grenzraums des Abendlandes“.<sup>31</sup> Nun, geographisch so weit nach Westen verschoben wie nie zuvor in der Neuzeit, gehörte es plötzlich in einen ganz anderen geopolitischen Zusammenhang, war nämlich offensichtlich nicht primär in eine russische, sondern vor allem in die sowjetische Einflußsphäre integriert. War damit zwangsläufig eine Gleichschaltung mit dem gesellschaftspolitischen System des östlichen Nachbarn verbunden? Wie weit würde sie gehen und was würde nun Sowjetisierung im polnischen Fall bedeuten?

Die Kommunisten stritten solchen Befürchtungen in der Anfangsphase ihrer Herrschaft jede Berechtigung ab. Ungeachtet dessen, wie ernst nun im Einzelfall die Vorstellung von einem „nationalen Weg in den Sozialismus“ 1945 gewesen sein mag, kann man dennoch davon ausgehen, daß die meisten von ihnen das Ausmaß der künftigen Stalinisierung kaum vorausgesehen haben. 1945 dürften sie sich nach eigenem Verständnis an der Spitze eines Umzugs befunden haben, der Polen in eine ganz neue Zukunft befördern würde – sicher nicht in die polnische, aber auch nicht in die sowjetische Realität der 30er Jahre.

---

<sup>30</sup> Fragmente dieses Briefes von Osmańczyk an Jerzy Borejsza zitiert Kersten, *Narodziny systemu* (wie Anm. 1), S. 145, bezeichnenderweise als Motto des Kapitels „Społeczeństwo“ („Gesellschaft“).

<sup>31</sup> So der deutsche Titel der ursprünglich auf englisch veröffentlichten Darstellung von Oskar Halecki. Salzburg 1956.

Welche Lösungsansätze formulierten die nichtkommunistischen<sup>32</sup> Politiker? Die Option einer gänzlichen Verweigerung, d.h. die Aufrechterhaltung der bisherigen Widerstandshaltung, bot so gut wie keine Zukunftsperspektiven. Es war klar, daß Polen in Kooperation mit den kommunistischen Behörden wiederaufgebaut werden mußte, es war zugleich immer wieder strittig – und dies gab der Verweigerung Rückhalt –, wo die Kooperation aufhörte und eine letztlich gegen die Interessen der Gesellschaft verstoßende Kollaboration begann.

Einen Schritt in Richtung der Lösung des Dilemmas wagte der aus dem Londoner Exil zurückgekehrte Stanisław Mikołajczyk, nun stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung der Nationalen Einheit. Sein Kalkül war scheinbar einleuchtend: Da die Sowjets sich auf die schwachen Kommunisten nicht verlassen konnten, mußten sie ein Bündnis mit Nichtkommunisten eingehen, sofern ihnen diese ein noch auszuhandelndes Maß an außenpolitischer Konformität entgegenbrachten. Ein demokratisches, mit der Sowjetunion verbündetes Polen, das im Inneren mehr oder minder souverän bleiben sollte, lag 1945 durchaus im Bereich des Denkbaren.<sup>33</sup> Dieser nachträglich als „Finnlandisierungs“-Konzept erkennbare Versuch scheiterte ebenso wie der konsequente Widerstand. Ein britischer Diplomat konnte zwar nach der Flucht Mikołajczyks im November 1947 durchaus zu Recht meinen: „Selbst wenn das Experiment gescheitert ist, war es notwendig“;<sup>34</sup> aus polnischer Sicht war die Bilanz dieses Experiments jedoch durchgehend negativ, ein Trauma für alle jene, die sich daran beteiligt hatten und nun jahrelang die Folgen in Gestalt von Repression und Benachteiligung tragen mußten. Daß dies so kommen würde, war 1945 bei weitem nicht offenkundig; im Exil, das Mikołajczyk als Verräter brandmarkte, ist es freilich schon damals oft genug prophezeit worden.

Der polnische Weg zum Sozialismus, Widerstand, zu kritischer Kooperation und Exil – all diese auseinanderstrebenden Wegweiser des Jahres 1945 waren Antworten auf die große Herausforderung, die ihrerseits Folge der Widersprüchlichkeit der polnischen Bilanz des Zweiten Weltkriegs

---

<sup>32</sup> Es ist hier durchgängig von „nichtkommunistischen“ Kräften die Rede, da die Abgrenzung zum Regime vermutlich das einzige war, was die einzelnen Strömungen und Organisationen vereinigte. Die innere Differenzierung und die Ausformulierung positiver Programme der antikommunistischen Gruppierungen ist essentiell erst nach 1989 eingetreten.

<sup>33</sup> Włodzimierz Borodziej, *Od Poczdamu do Szklarskiej Poręby. Polska w stosunkach międzynarodowych 1945–1947 (Von Potsdam bis Schreiberhau. Polen in den internationalen Beziehungen 1945–1947)*. Londyn 1990, S. 63 ff. u. 74–77.

<sup>34</sup> Aktennotiz vom 25. November 1947, zit. nach Borodziej, *Od Poczdamu* (wie Anm. 33), S. 349.

war: Als Quasi-Gründungsmitglied der Anti-Hitler-Koalition hatte Polen 1939 den Abwehrkampf aufgenommen, um seine territoriale Integrität und Souveränität zu verteidigen. Es hat beide Ziele verfehlt, so daß es schließlich zwar auf seiten der Sieger, faktisch aber als ein schwer gezeichneter Verlierer aus dem Krieg hervorging.

Aus der zugegebenermaßen kurzen Distanz von heute scheint es freilich, als ob die katastrophale Bilanz von 1945 nach einem halben Jahrhundert langsam andere Konturen bekäme. Die auseinanderstrebenden Wegweiser von damals sind in den letzten Jahren in das Museum der polnischen Geschichte abgewandert. Seit 1989 löst sich der Widerspruch zwischen Geographie und Politik auf, die Westverschiebung von 1945 drängt Polen heute die Integration mit dem Westen förmlich auf. Aber erst in jenem Augenblick, in dem diese Integration ein irreversibler Prozeß geworden ist, wird die Bilanz von 1945 definitiv abgeschlossen werden können.